



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Jutta Haug
Mitglied des
Europäischen Parlaments

EU/EP: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020

Brüssel, 21.2.2013

PRESSEMITTEILUNG

"Eine unehrliche Sprache" **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin führt Bürger in die Irre**

"Die Sprache, mit der die Bundeskanzlerin das Gipfelergebnis zum Mehrjährigen Finanzrahmen erklärt, ist unehrlich und damit unangemessen", kritisierte **Jutta HAUG**, SPD-Europaabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschuss, die Regierungserklärung von Angela Merkel zu den Ergebnissen des Europäischen Rates Anfang Februar. "Das ist, Sand in die Augen der staunenden Öffentlichkeit streuen", so **Jutta HAUG** weiter.

Besonders kritisch bewertete die Haushaltsexpertin den Anstieg der nationalen Ausnahmeregelungen, worunter auch die sogenannten Rabatte fallen, die nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs von derzeit 38 auf künftig über 50 ansteigen sollen. "Diese Geschenke als Sonderzahlungen für besonders von der Krise betroffene Mitgliedstaaten zu bezeichnen, ist verlogen. Denn jeder einzelne der EU-Mitgliedstaat ist in der Liste zu finden", so **Jutta HAUG**. "Das läuft nicht nur dem von uns immer wieder geforderten Prinzip der Haushaltsklarheit zuwider. Es gibt für diese Geschenke auch keine Rechtsgrundlagen!"

Selbstverständlich begrüßte die Sozialdemokratin, dass nun endlich das Problem der steigenden Jugendarbeitslosigkeit prominent auf die europäische Agenda gehoben worden ist. Nun allerdings so zu tun, als ob man ganz sozial neues Geld mit einem Fonds zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in die Hand nimmt, ist unverfroren. Denn 50 Prozent des neuen Fonds sollen sich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds speisen. So wird Projekten für die Berufsqualifikation, der sozialen Eingliederung, für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung die Finanzierungsgrundlage genommen. Zumal die im Gipfelbeschluss veranschlagten sechs Milliarden Euro für Jugendliche nur ein Tropfen auf den heißen Stein wären. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation müssten für eine effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit allein in der Euro-Zone rund 21 Milliarden Euro aufgebracht werden. "Die veranschlagten Gelder sind einfach zu schmal, als dass die Bundesregierung sich dahinter verstecken könnte. Wenn die nationalen Regierungen jungen Menschen wirklich helfen wollen, dann müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen", erklärte **Jutta HAUG** abschließend.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 47595

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de